

## Antworten auf die Wahlprüfsteine der Elterninitiativen #lautfürFamilien und #KinderBrauchenschule anlässlich der Bundestagswahl 2021

24.08.2021 (per Mail)

Partei Lobbyisten für Kinder und Jugendliche (LfK):

1. Unter welchen Voraussetzungen werden Sie sich in Regierungsverantwortung oder im Parlament für die Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stark machen?

Unser Ziel ist es, die pandemische Situation sofort aufzuheben, wenn deren Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Voraussetzung für die Aufhebung ist u.a., dass keine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland besteht.

Dieser Zeitpunkt ist aus unserer Sicht längst erreicht. Aus unserer Sicht liegt aktuell keine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit sowie keine Überlastung des Gesundheitssystems vor. Beides deutet sich auch nicht an. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Staat zunächst alles dafür tun muss, die Krankenhäuser bestmöglich auszustatten. D. h es ist Aufgabe des Staates, Pflegepersonal so gut zu bezahlen, dass jederzeit genügend Personal vorhanden ist. Auch ist es Aufgabe des Staates, genügend Krankenhauskapazitäten zu generieren, auch wenn dies mitunter nicht wirtschaftlich ist. Erst wenn der Staat diesbezüglich alles unternommen hat und gleichwohl eine massive Überlastung droht, kann eine epidemische Lage aufrechterhalten oder erneut ausgerufen werden. Eine dynamische Ausbreitung des Virus droht allerdings derzeit weder in Deutschland noch in den Nachbarländern; alle Erwachsenen, die dies wünschen, hatten ein Impfangebot, die Todeszahlen sinken und die Zahl der Krankenhausaufenthalte stagniert auf einem niedrigen Niveau. Damit sind unseres Erachtens die Bedingungen für einen solchen Notstand nicht mehr gegeben und daher Grundrechtseingriffe nicht mehr gerechtfertigt.

2. Unter welchen Voraussetzungen werden Sie den Ländern die Aufhebung der Maßnahmen empfehlen, deren Zweck insbesondere die Gewährleistung ausreichender medizinischer Versorgungskapazitäten war?

Sobald die unter 1. genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, was unseres Erachtens spätestens mit dem Impfangebot an alle Erwachsenen erfolgt ist, empfehlen wir den Ländern, sämtliche Maßnahmen aufzuheben, denn der Staat hat zwar die Aufgaben seine Bürger:innen zu schützen, doch ist es nicht Aufgabe des Staates den „mündigen Bürger“ zu bevormunden. Vielmehr ist es den Bürger:innen zuzutrauen, selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten.

3. Werden Sie alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wie Kitas, Schulen, außerschulische Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote ohne Zugangsbeschränkungen (wie Impfung, Tests, nicht medizinisch indizierte notwendige Schutzmaßnahmen) mit höchster Priorität vorrangig öffnen? Wenn nein, warum nicht?

Ja, denn Kinder und Jugendliche leiden massiv unter den Einschränkungen und sind betroffener als die meisten anderen gesellschaftlichen Gruppen. Während Büros und

Betriebe durchgängig geöffnet waren, keine Testpflicht bestand und oftmals keine Maskenpflicht, wurden Schulen geschlossen oder nur unter sehr strengen Hygienemaßnahmen geöffnet. Aufgrund dieser Maßnahmen, sind die psychische und physische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen massiv beeinträchtigt worden; jedes 3. Kind zeigt Auffälligkeiten. Oberstes Ziel der Politik und der Gesellschaft muss es daher sein, Kindern und Jugendlichen ein normales, chancengerechtes Leben zu ermöglichen, und zwar vorrangig vor allen anderen Bevölkerungsgruppen. Daher werden wir Bildungseinrichtungen, wie Schulen und Kitas – ebenso wie Freizeit-, Sport- und kulturelle Angebote auf jeden Fall, wie die meisten europäischen Nachbarn, offenhalten und diesen oberste Priorität einräumen.

Zudem müssen wir berücksichtigen, dass Schulen und Kitas Orte der sozialen Begegnung sind und Kinder und Jugendliche dort einen erheblichen Teil des Tages verbringen. Daher ist es aus unserer Sicht unbedingt notwendig, dass diese Orte positiv besetzt sind. Kinder dürfen dort nicht unnötigen Druck und Maßregeln erfahren. Aufgrund der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche von COVID 19 kaum betroffen sind, dieses Virus nur untergeordnet weitergeben und auch die Testraten in den Bildungseinrichtungen bestätigen, dass es dort unter den Kindern kaum Fälle gibt, treten wir dafür ein, dass Kinder ohne anlasslose Tests und ohne Maske am Platz sowie den Außenbereichen die Einrichtungen besuchen dürfen. Lediglich bei Positivfällen sollte es engmaschige Testungen gibt, auch im Hinblick darauf, Quarantänezeiten für Kinder und Jugendliche möglichst zu minimieren. Schlussendlich darf insbesondere eine Impfung, die einen ganz erheblich langanhaltenden körperlichen Eingriff darstellt, nicht an den Zugang zu Bildungseinrichtungen gekoppelt werden. Auch darf kein mittelbarer Druck ausgeübt werden, indem geimpften Kindern mehr Freiheiten eingeräumt werden als ungeimpften. Dies wäre einerseits nicht gerechtfertigt, da Geimpfte das Virus ebenfalls weitergeben können und mithin kein sachlicher Grund für eine Bevorzugung bestünde. Außerdem würde hierdurch der Schulfrieden nachhaltig gestört und alle Bemühungen, den Kindern und Jugendlichen Normalität zu verschaffen, konterkariert. Das können und wollen wir nicht mittragen. Wir müssen zunehmend auf Selbstverantwortung setzen und den Druck von Familien, Kindern und Jugendlichen nehmen.

4. Welche politischen Projekte Ihrer Partei unterstreichen die besondere Bedeutung und den Schutz der Kinder im Hinblick die UN-Kinderrechtskonvention im Hinblick auf Bildung, Chancengleichheit, Teilhabe, Spiel und Kindeswohl?

Wir sind eine noch sehr junge Partei und daher haben wir noch keine Projekte vorzuweisen. Allerdings sind viele unserer Mitglieder auch in Elterninitiativen engagiert und haben in diesem Rahmen seit Anbeginn der Pandemie für die Einhaltung der Kinderrechte gestritten. Deutschland hat die Kinderrechtskonvention und sämtliche Zusatzprotokolle ratifiziert, sie sind hierzulande geltendes Völkerrecht. Die Kinderrechtskonvention hat in Deutschland den Rang eines einfachen Bundesgesetzes und steht somit über den Landesgesetzen. Ihre zentralen Regelungen sind daher unmittelbar geltendes Bundesrecht. Eine Aufnahme in die Grundrechte ist daher nicht erforderlich. Lediglich das Recht auf Bildung sollte u.E. ausdrücklich im Grundgesetz aufgenommen werden.

5. Werden Sie bei allen Öffnungsschritten immer prioritär auch die Beschränkungen für Kinder aufheben, wie beispielsweise Maskenpflicht auf Spielplätzen, Beschränkungen in Schwimmbädern, etc.? Wenn nein, warum nicht?

Ja, das gehört für uns unmittelbar zu dem Bekenntnis der Priorität, so wie es auch Art. 3 der UN-KRK vorsieht. Bislang sieht man in der Politik, dass jetzt, wo die Schulen geöffnet wurden, die besonderen Interessen der Kinder schon wieder keine Rolle spielen. Shoppen geht ohne Test; die Maskenpflicht gilt nicht mehr beim Indoorsport von Erwachsenen, aber in den Schulen muss beim Sport in der Halle eine Maske und auf dem Sitzplatz (trotz PCR-Testung an den Grundschulen) eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen werden. Kinder müssen, obwohl sie die bestgetestete Gruppe sind, gleichwohl auch für Freizeitaktivitäten extra Tests vorlegen. Hier muss man konsequent auf Tests verzichten, und zwar selbst dann, wenn die Testpflicht in den Schulen abgeschafft wird. Denn Kinder sind auf Bildung und Teilhabe in besonderem Maße angewiesen, sie sind kaum gefährdet und keine Pandemietreiber, sodass wir – wie die skandinavischen Länder – Kinder von den belastenden Zugangsvoraussetzungen ausnehmen wollen.

6. Wird ein klares Statement im Wahlprogramm Ihrer Partei stehen, dass es wegen der herausragenden Bedeutung des Rechts auf Bildung und Teilhabe nicht wieder zu Schulschließungen kommt? Wenn nein, warum nicht.

Ja, das ist eines der wichtigsten Programmpunkte unseres Wahlprogramms, wo wir ein uneingeschränktes Recht auf Bildung einfordern.

7. Werden Sie sich klar gegen eine Impfpflicht als Zugangsvoraussetzung für den Besuch einer Bildungs-, Freizeit- oder Sporteinrichtung für Kinder und Jugendliche positionieren? Wenn nein, warum nicht?

Ja, das werden wir tun. Bildung und Teilhabe muss für alle Kinder gewährleistet sein und darf nicht von Impfungen abhängig gemacht werden. Erst recht nicht von Impfungen, die noch weitgehend unerforscht sind und deren kurzfristigen Nebenwirkungen sowie Langzeitfolgen nicht absehbar sind und deren Nutzen äußerst fraglich ist. Nach der Einschätzung der medizinischen Fachgesellschaften, allen voran der DGPI, stellt COVID 19 für Kinder in der Regel keine gefährliche Erkrankung dar, eine allein fremdnützige Impfung kann u.E. keine Voraussetzung für Bildung sein. Es darf zudem kein weiteres Sonderopfer von Kindern und Jugendlichen gefordert werden. Bildung ist Aufgabe des Staates, die er in Deutschland an eine Präsenzpflicht koppelt. D. h. er muss sie voraussetzungslos gewährleisten.

8. Werden Sie innerhalb der kommenden Legislaturperiode ein Konzept entwickeln, um Lernen in Präsenz in kleineren Lerngruppen zu ermöglichen und also mehr Lehrpersonal und Räumlichkeiten schaffen? Wenn nein, warum nicht?

Ja, denn die Pandemie hat uns vor Augen geführt, was wir seit Jahrzenten wissen. Die Politik ist nicht bereit, ausreichend Geld in das Bildungssystem zu stecken. Die Kinder brauchen kleinere Klassen, um effektiver lernen zu können, aber auch individuell gefördert werden zu können. Dies führt auch zu einer größeren Zufriedenheit auf allen Seiten, vor allem auch bei Eltern und Lehrer:innen, sodass gerade das Lehrpersonal nicht so früh krankheitsbedingt ausscheidet und Eltern planbarer ihrem Beruf nachgehen können.

9. Werden Sie sich im Rahmen Ihres politischen Mandats auch bei erneut angespannter Infektionslage gegen eine fremdnützige Einschränkung des Grundrechts auf Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stellen bzw. den Kinderschutzverbänden und den

Fachgesellschaften der Kinder- und Jugendärzte in ihren Empfehlungen folgen? Wenn nein, warum nicht?

Wir als Lobbyisten für Kinder sind u.a. auch deshalb angetreten, um genau dies bei zukünftigen Infektionslagen zu verhindern. Wir müssen evidenzbasierte Entscheidungen treffen, bei denen die wichtigsten Fachgesellschaften und alle betroffenen wissenschaftlichen Disziplinen an einem offenen Diskurs beteiligt werden, ohne vorgefertigte Meinungen.